

Tagesordnung I Punkt 15 der öffentlichen Sitzung am 11. September 2008

Vorlagen-Nr. 08-F-01-0065

Erinnern und Mahnen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.06.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden bedauert außerordentlich die Absage der renommierten US-amerikanischen Künstlerin Jenny Holzer zur Realisierung ihres von der Stadt ausgewählten und bereits angekauften Entwurfs für ein künstlerisch gestaltetes Mahnmal im Zentrum Wiesbadens. Sie respektiert diese Entscheidung, sieht damit allerdings keineswegs ihre Verpflichtung zur weiteren intensiven Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft für erledigt an.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wird sich auch weiterhin intensiv um die Erhaltung, Pflege und ggf. den Ausbau so genannter authentischer Orte bzw. dezentraler Gedenkstätten kümmern.

Darüber hinaus soll zielgerichtet erörtert werden, wie nun an Stelle des geplanten Mahnmals der damit verfolgten Intention in angemessener Weise Rechnung getragen werden kann.

Mit diesem Ziel fordert die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auf, baldmöglichst ein Symposium zu organisieren, auf dem Fachleute unterschiedlicher wissenschaftlicher Fachrichtungen die Frage zeitgemäßer Formen der Erinnerungsarbeit beraten. Dabei sollen unter dem Arbeitstitel „ERINNERN - MAHNEN - DEMOKRATIE BEWAHREN. Zeitgemäße Formen zukunftsgerichteten Gedenkens im öffentlichen Raum“ Alternativen diskutiert werden, die das Thema Gewaltherrschaft und Widerstand gerade auch an die junge Generation heranzutragen vermögen und eine aktive, handlungsorientierte Erinnerungsarbeit leisten bzw. unterstützen können.

Beschluss Nr. 0146

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Antrag wird in der folgenden Fassung des gemeinsamen Antrags von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 11.09.2008 angenommen:

Gedenken in Wiesbaden

Vorbemerkung:

Nach der Absage der Künstlerin Jenny Holzer das künstlerische Mahnmal zu gestalten, muss überlegt werden, wie nun in angemessener Weise der Intention des Mahnens und Erinnerns Rechnung getragen werden soll.

1. Der Magistrat wird gebeten, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich zusammensetzt aus sechs Stadtverordneten, die gemäß dem Kräfteverhältnis in der Stadtverordnetenversammlung von den Fraktionen zu benennen sind, sowie dem zuständigen Magistratsmitglied.

2. Diese Arbeitsgruppe soll – unter Zuhilfenahme externer Fachleute – bis Ende des Jahres, spätestens jedoch im ersten Sitzungszug des Jahres 2009, einen Vorschlag zur inhaltlichen Gestaltung des Werkes, das an die Opfer des Nationalsozialismus und den Widerstand gegen dieses Unrechtssystem erinnern soll, vorlegen. Als Standort ist der Bereich des geplanten Stadtmuseums vorzusehen. Die Arbeitsgruppe soll der heutigen Form des Gedenkens mit Beachtung der aufklärenden Wirkung für nachfolgende Generationen Rechnung tragen. Sie soll einen entsprechenden Zeitplan erarbeiten und den städtischen Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

Tagesordnung III

Wiesbaden, .09.2008

Nehrbaß
Vorsitzender